

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 25

Artikel: Peru ist Putschkandidat
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peru ist Putschkandidat

Gemessen am wirtschaftlichen Wachstum, stand Peru vor zwei Jahren an der Spitze aller südamerikanischen Staaten. Heute erlebt das Andenland die schlimmste wirtschaftliche und politische Krise seiner Geschichte, ist eigentlich «Putschkandidat». Die Inflation dürfte am Jahresende auf 2000 % stehen. Es herrscht Lebensmittelknappheit. Streiks lähmen das Land. Der Terrorismus der maoistisch sich bezeichnenden «Befreiungsbewegung» des «Leuchtenden Pfades» nimmt zu.

Präsident als Problem

Das peruanische Problem scheint Präsident Alán García zu sein. Er müsste seine Wirtschaftspolitik neu überdenken. Vor dreieinhalb Jahren übernahm García als klarer Sieger der Präsidentschaftswahlen die Staatsgeschäfte. Er beziehungsweise seine Amerikanische Revolutionäre Volksallianz (Alianza Popular Revolucionaria Americana/ (ARPA) errang 45,7 % der Wählerstimmen. García verkündete, Peru werde seine Auslandsschulden nur dann honorieren, wenn das Land Einnahmen aus seinen Exporten erziele. Höchstens 10 % der Deviseneinnah-

«Leuchtender Pfad»

Noch hat sich der «Leuchtende Pfad» keinen Weg bis nach Lima bahnen können, aber die Guerilleros haben von ihren Hochburgen aus in den Gebieten von Huancavelica, Ayacucho und Apurimac mit einer «nationalen Offensive» Richtung Hauptstadt begonnen. Die peruanische Armee ist auf dem Rückzug.

Die Wirtschaftskrise macht offenbar auch vor den Streitkräften und der Polizei nicht halt. Die «Hyperinflation» verschlingt den Sold. Soldaten und Polizisten sollen Waffen und Munition auf dem schwarzen Markt verkaufen. Die Luftwaffe fliegt nur noch sporadisch Angriffe gegen Guerilleros. Im wahrsten Sinne des Wortes ist ihr der Sprit ausgegangen. Der Preis für Treibstoff ist seit September um 950 % gestiegen, und Geld ist keines mehr vorhanden. Die Luftwaffe liegt am Boden fest.

Der «Leuchtende Pfad» wurde 1975 von Abimael Guzmán ins Leben gerufen. Seinem «Volksbefreiungskrieg» liegen Gedanken des früheren chinesischen Vorsitzenden Mao Tse-tung (Maozedong) zugrunde.

men werde «man» für die Zahlung der Schuld – 15 Mia Dollar damals – aufbringen.

Es gehe nicht, dass die Forderungen der Gläubiger zu Lasten der Bevölkerung befriedigt würden. García geisselte die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF/IMF) als «Instrumente des Imperialismus». Gegen breiten Widerstand nicht nur seitens der Betroffenen, sondern auch seitens der Bevölkerung wurden zehn Banken und siebzehn Versicherungsgesellschaften verstaatlicht. Noch im Januar dieses Jahres verfügte die sozialistische ARPA-Regierung gegen 150 Unternehmen die Schliessung oder Zwangsverwaltung.

Im März gab García eine «teilweise verfehlte Wirtschaftspolitik» zu. Er kündigte den Peruanern bittere Pillen an. Es müssten unpopuläre Massnahmen ergriffen werden. Doch als nun vergangenen Monat Finanzminister Abel Salinas ein Sanierungsprogramm in die Tat umsetzen wollte, wurde er von García desavouiert. Mit Preissteigerungen wollte Salinas die Inflation in den Griff kriegen. García entkräftete die Massnahme mit kräftigen Subventionen. Salinas trat unter Protest zurück.

Vorzeitige Wahlen als Ausweg?

Die ARPA ist wütend auf ihren Präsidenten, weil sie die Chancen für einen erneuten Sieg bei den Wahlen 1990 schwinden, ja gar vertan sieht. Aufgebracht ist auch die Geschäftswelt, die in der Weigerung Garcías, sich mit dem Internationalen Währungsfonds auszusöhnen, ein «klares Anzeichen seiner kommunistischen Absicht» sieht, Peru vollends ins Chaos zu stürzen. Die Vereinigte Linke befürchtet wiederum, García ebne den Weg für einen Putsch der Militärs.

Die Militärs halten sich (noch) zurück. Sie sind sich offenbar nicht sicher, nach einem Putsch das Land auch kontrollieren zu können, zumal eine Machtübernahme durch die Militärs wahrscheinlich den Zulauf zum «Leuchtenden Pfad» verstärken würde. Auch kann eine Militärdiktatur – wenn überhaupt – nur auf widerstrebende Unterstützung durch die Vereinigten Staaten hoffen. So wird García derzeit gedrängt, zurückzutreten. Vorzeitige Wahlen sollten schon im August nächsten Jahres stattfinden statt im Mai 1990. Der peruanische Präsident will aber «durchhalten».

Unruhiges Land

Staatsstreich, Putsche, politische Morde, Aufstände kennzeichnen die Geschichte Perus in diesem Jahrhundert. Das Bürgertum hatte nur selten Gelegenheit, die Geschicke der Nation zu bestimmen. Zwischen 1959 und 1965 wurden die bürgerlichen Kräfte durch «marxistische» Aufständische, von Kuba aus gesteuerte Bewegungen, bedrängt. Im Oktober 1968 ergriffen die Militärs die Macht. Sie glaubten mit einer sozialistischen Politik dem marxistischen Lager den Boden unter den Füßen entreissen zu können. Das Militärregime holte sich ehemalige Guerilleros als Berater, Tausende von «Spezialisten» aus dem Ostblock. Doch statt wirtschaftlich aufwärts, ging es abwärts. In einer Palastrevolte wurde der Militärdiktator Alvarado Velázquez ausgebootet und durch General Francisco Morales Bermúdez ersetzt. Dieser führte die Militärs aus der Tagespolitik. Morales wurde der Architekt der Redemokratisierung Perus.

Unter Morales wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, die stark sozialistische Elemente birgt, das heisst, die Wirtschaft konnte sich auch unter der bürgerlichen Regierung von Belaúnde Terry nicht aus der staatlichen Reglementierung befreien, den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung bewerkstelligen. Das war die Voraussetzung für die ARPA, 1985 die Wahlen zu gewinnen. Heute ist die Wirtschaft in Peru weitgehend zusammengebrochen. Peru benötigt eine Radialkur, eine neue Verfassung. Nicht ausgeschlossen wird in Lima, dass García einen Putsch gegen sich selbst inszeniert, um sein «Gesicht zu wahren». ■